

Eurospots



Oktober 2005

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

- **Schwerpunkte im November in Straßburg**
- **Zukünftige Chemikalienpolitik REACH**
- **Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik**
- **Entwicklungsstrategie für Afrika**
- **AKP-EU-Parlamentarierversammlung in Edinburgh**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Leserinnen und Leser,

die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind erfolgreich abgeschlossen. Auch in Brüssel hat man hörbar aufgeatmet. Hier ging es allerdings nicht so sehr um die Einzelheiten, auf welche Art und Weise wir beabsichtigen, unseren Schuldenstand in den Griff zu bekommen, die Wachstumsschwäche zu überwinden oder den Sozialstaat zu reformieren. Im Ergebnis müssen diese Ziele erreicht werden. Innerhalb der EU wartet man vielmehr mit Ungeduld darauf, dass das größte Mitgliedsland endlich wieder politisch handlungsfähig wird - schließlich dümpelt Deutschland seit der Landtagswahl im Mai in NRW ziemlich orientierungslos vor sich hin - und eigentlich seit den negativen Verfassungsreferenden die gesamte EU.

Und genau deswegen ist politische Führung in Europa jetzt so dringend notwendig: Eine neue deutsche Kanzlerin kann Probleme ganz anders ansprechen als ihr Vorgänger, der bereits anderweitig festgelegt war und damit offensichtlich Lösungen nicht befördert hat. Weit oben auf der Tagesordnung steht die mittelfristige Finanzplanung der EU - wieviel Geld wird wofür ab 2007 ausgegeben. Deutschland wird mit seinem Gewicht dafür sorgen müssen, dass zwischen den Hauptkontrahenten GB ("Brittenrabatt") und F ("im Agrarbereich gibt es vor 2013 keine Änderung") ein fairer Kompromiss ausgehandelt wird. Aber auch in anderen Bereichen müssen wir wieder mit gutem Beispiel vorangehen, etwa durch die Einhaltung des Stabilitätspakts für den Euro spätestens ab 2008. Seine Verletzung seit 2002 hatte teils Häme gegenüber uns, den Erfindern des Pakts ausgelöst, vor allem aber auch andere animiert, es hierbei und bei anderen Verpflichtungen innerhalb der EU damit nicht zu ernst zu nehmen. Solche Haltungen beschädigen aber eine EU, die letztlich nur erfolgreich sein kann, wenn alle sich an das Verabredete halten.

Daneben ging das politische Geschäft in Brüssel und Straßburg weiter. Besonders hervorzuheben, und wichtig auch für uns Hessen, ist die politische Einigung im EP auf den Inhalt des größten Gesetzgebungsvorhabens dieser Wahlperiode - die "REACH-Verordnung", die sich mit der Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien befasst. In einem beispiellosen Kraftakt ist es insbesondere Hartmut Nassauer, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im EP, gelungen, einen tragfähigen Kompromiss auszuhandeln, der in der November-Sitzung des Plenums in Straßburg in 1. Lesung abgestimmt wird.

Ihr

Schwerpunkte der November - Plenartagung des Europäischen Parlaments

Die Sitzung des Europäischen Parlaments wird ganz unter dem Eindruck der neuen EU-Chemikaliengesetzgebung REACH stehen. Die Debatte findet am Dienstag, die Abstimmung am Donnerstag statt. Das Gesetzgebungspaket zu REACH, es handelt sich dabei um eine Verordnung und eine Richtlinie, ist eines der aufwändigsten und langwierigsten Gesetzgebungsverfahren, mit denen das Parlament je zu tun hatte.

Die Europäische Kommission wird eine Erklärung zu den Berichten über Geheimgefängnisse des US-Geheimdienstes CIA in Europa abgeben. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat nach eigenen Angaben Hinweise darauf, dass sich in Polen und Rumänien derartige Gefängnisse befinden. Beide Staaten haben den Verdacht zurückgewiesen.

Am Dienstagmorgen stellt die Europäische Kommission ihr Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm für das Jahr 2006 vor.

Am Dienstag wird die Kommission ihr Erweiterungspaket 2005 vorstellen, in dem sie unter anderem eine Gesamtdarstellung ihrer Erweiterungspolitik vornimmt. Dazu gehören unter anderem Berichte zu den Fortschritten der Beitrittskandidaten und der potenziellen Kandidatenländer auf ihrem Weg zum EU-Beitritt.

Am Mittwoch wird eine Debatte zu den umstrittenen und heftig kritisierten Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad stattfinden, der in einer Rede sagte, Israel müsse von der Landkarte getilgt werden. Ahmadinedschad fügte außerdem hinzu: "Ich bin zuversichtlich, dass die neue Welle in Palästina und die Aufklärungsbewegung in der islamischen Welt sehr bald diesen Schandfleck aus der Islamischen Welt entfernen wird." Am Donnerstag wird das Parlament über eine Resolution hierzu abstimmen.

Weiterhin findet am Mittwoch eine Debatte über Waffenausfuhren, die Nichtverbreitungs- und Abrüstungspolitik sowie der Beschaffung von Verteidigungsgütern statt. Die Abgeordneten verlangen unter anderem einen verbindlichen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren, eine führende Rolle der EU beim Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Schaf-

fung eines europäischen Marktes für Rüstungsgüter.

Das Thema Entwicklungspolitik steht am Donnerstag auf der Tagesordnung. In zwei Berichten setzt sich das Parlament mit der Entwicklungsstrategie für Afrika, insbesondere für Schwarzafrika, sowie mit der Dreiererklärung "Der Europäische Konsens" von Rat, Parlament und Kommission über die Entwicklungspolitik der EU auseinander. Der Entwicklungsausschuss betont, dass die EU-Strategie vor allem darauf abzielen müsse, strukturelle Stabilität zu schaffen. Zudem müssten die Entwicklungshilfe der Mitgliedstaaten und der Kommission besser koordiniert und harmonisiert werden.

REACH - die zukünftige Chemikalienpolitik

REACH ist einer der komplexesten Gesetzgebungsvorschläge mit denen die Europäischen Institutionen und insbesondere das Europäische Parlament je zu tun hatten. Auf dem Europäischen Markt gibt es über 100 000 verschiedene chemische Substanzen; ca. 1,7 Millionen Menschen sind im Chemiesektor angestellt, ungefähr weitere drei Millionen Arbeitsplätze hängen indirekt davon ab. Sie befinden sich in großen multinationalen Unternehmen sowie in ca. 25.000 kleinen und mittleren Unternehmen. Europa ist der weltweit größte Produzent von Chemikalien.

Das Zustandekommen der nun behandelten Verordnung war ein langwieriger und kontroverser Prozess. Der mehr als tausendseitige Kommissionsvorschlag datiert vom 29.10.2003 und beruht auf einem langen Konsultationsprozess unter intensiver Beteiligung der Akteure und einer Reihe von Folgenabschätzungen; über 6000 Stellungnahmen wurden bei der im Internet durchgeführten Konsultation zu einem ersten Entwurf abgegeben.

Eine Richtlinie und eine Verordnung regeln die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. Langjährige Diskussionen in verschiedenen Ausschüssen des Parlaments gingen der Beschlussfassung voraus. Der federführende Ausschuss hat in seinem Bericht auch die Stellungnahmen aus neun mitberatenden Ausschüssen verarbeitet. Dieses Mammutverfahren wurde nach der sogenannten "Hughes-Methode" abgewickelt, welche die Zusammenarbeit verschiedener Ausschüsse regelt und die Vorlage von Ausschuss-Änderungsanträgen direkt an das Plenum ermöglicht. Im federführenden Umweltausschuss wurden 351 Änderungsanträge (ÄA) angenommen; hinzu

kommen 90 ÄA des Binnenmarktausschusses und 29 ÄA des Industrieausschusses.

Da REACH vor allem den Schutz von Gesundheit und Umwelt vor den gefährlichsten Chemikalien zum Ziel hat, wurde der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zum federführenden Ausschuss benannt. Da jedoch auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in dem Sektor und das Funktionieren des Binnenmarktes Ziele sind, wurden der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Industrie, Energie und Forschung im verstärkten Hughes-Verfahren beteiligt. Weitere sieben Ausschüsse haben Stellungnahmen abgegeben.

Der Vorschlag für eine Verordnung soll die bestehenden Rechtsvorschriften - die man nicht mehr für angemessen und ausreichend hält, Innovationen zu fördern und die Umwelt und die Öffentlichkeit zu schützen - durch ein neues System ersetzen. Die größte Herausforderung für die Ausschüsse war es, eine ausgewogene Balance zwischen den der Industrie auferlegten Verpflichtungen und dem Bedürfnis nach dem Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu finden. Den parlamentarischen Durchbruch für REACH könnte ein Kompromiss der großen Fraktionen von EVP-ED und SPE bringen, der REACH umweltfreundlich, praktikabler und kostengünstiger macht.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe Hartmut Nassauer MdEP hat als Berichterstatter für REACH im Binnenmarktausschuss mit dem Berichterstatter im federführenden Umweltausschuss eine gemeinsame Lösung zur Registrierung von Stoffen vorgeschlagen. Da die Registrierung der bedeutsamste und die Praxis am meisten berührende Teil des geplanten neuen Stoffrechts ist, bietet dieser Kompromiss - zwischen der EVP-Fraktion und der sozialdemokratischen Fraktion - die Möglichkeit, mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit den Fortgang dieser Gesetzgebung in Kommission und Rat entscheidend zu beeinflussen.

Der Kompromiss ändert den ursprünglichen Kommissionsvorschlag entscheidend ab. Er enthalte deutliche Fortschritte für Umwelt- und Gesundheitsschutz beim zukünftigen Umgang mit Stoffen und berücksichtigt andererseits die Kostenbelastung und die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen. Entscheidende umweltpolitische Fortschritte wären die nach elf Jahren abzuschließende Registrierung aller im Wirt-

schaftskreislauf befindlichen Stoffe, die in einer Größenordnung von mehr als einer Tonne pro Jahr produziert werden. Im Bereich von einer bis zehn Tonnen pro Jahr müssen physikalisch-chemische Daten sowie alle vorhandenen und für die Risikobewertung relevanten Informationen zur Verfügung gestellt werden. Falls eine risikobasierte Beurteilung dazu Veranlassung gibt, wird die Datenforderung ausgeweitet. Ein Stoffsicherheitsbericht muss erarbeitet werden, wenn vorhandene Daten oder die Struktur von Stoffen ergibt, dass sie krebserregend oder erbgutverändernd wirken können. Für den Bereich von zehn bis hundert Tonnen verzichtet der Kompromiss auf einige besonders teure Tests und macht weitere Studien von einer risikoorientierten Abwägung abhängig.

Von besonderer Bedeutung für kleine und mittelständische nachgeschaltete Anwender ist, dass Informationen über Stoffe in der Produktkette auf der Grundlage von Verwendungs- und Expositionskategorien und nicht auf der Grundlage von einzelnen Anwendungen geliefert werden müssten. So würden wir in elf Jahren nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über weitaus mehr Kenntnisse über die Stoffe verfügen, die in unserer Wirtschaft produziert und verwendet werden. Gleichzeitig halten wir Kosten und Bürokratie mit Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit in vertretbaren Grenzen.

Für eine starke EU-Entwicklungspolitik

Derzeit arbeiten Rat, Kommission und Parlament an einer Erklärung über die Entwicklungspolitik der EU. "Der Europäische Konsens" heißt ein Vorschlag, der die Richtschnur für die Umsetzung der Entwicklungspolitik auf EU-Ebene werden soll. Es geht um verbesserte Kohärenz, Koordinierung, Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungspolitik insgesamt.

Globales Ziel der EU-Entwicklungspolitik sollte "die Verringerung und letztendlich Beseitigung der Armut im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung" sein. Welche unmittelbaren Folgen Armut für uns in Europa hat, sieht man derzeit in Ceuta und Melilla und an den südeuropäischen Küsten. Der Begriff Armut ist dabei multidimensional zu verstehen, d.h. er umfasst u. a. Aspekte wie Gesundheit, Bildung, Lebensmittelsicherheit und soziale Gerechtigkeit. Es gelten die Grundsätze echter Partnerschaft, der Eigenverantwortung sowie des politischen Dialogs und eines Rechte-orientierten Ansatzes für Entwicklung.

Auch diese gemeinsame Erklärung unterstreicht, daß innerhalb der EU die Hilfebudgets aufzustocken sind, um bis 2015 ein Niveau von 0,7% des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen. Allerdings muß die Qualität der Hilfe erheblich verbessert werden. Bessere Ergebnismessungen und Folgeabschätzungen sind nötig.

Um die "mangelnde Geschlossenheit" in der EU-Entwicklungspolitik zu überwinden ist eine bessere Koordinierung und Harmonisierung zwischen der Entwicklungshilfe der Mitgliedstaaten und der Kommission unabdingbar. Im Rahmen der gemeinsamen Dreiererklärung soll folgenden Punkten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden: Verfolgung der gesundheitsbezogenen Millennium-Entwicklungsziele, Stärkung der nationalen Parlamente, Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien, Wasser, Energie und Bildung, Förderung der Geschlechtergleichstellung sowie Schutz der Umwelt.

Entwicklungsstrategie für Afrika

Der Entwicklungsausschuss unterstützt die Strategie der Kommission für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika. Insbesondere für Schwarzafrika gilt, dass Fortschritte nicht existent oder viel zu langsam sind. Die europäische Strategie muß daher vor allem darauf abzielen, strukturelle Stabilität zu schaffen. Nur dann können die gesetzten Ziele erreicht werden

Die EU hat sich verpflichtet, ihren Anteil an Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7% des BIP (0,56% bis 2010) zu erhöhen und mindestens 50% der Erhöhung für Schwarzafrika bereit zu stellen. Diese Aufstockung muß Hand in Hand mit verbesserter Qualität, Effizienz, Transparenz und Sichtbarkeit der Hilfe gehen.

Da mehr als 50% der Bevölkerung in Afrika Kinder sind, sollen die Entwicklungsförderung und der soziale Schutz von Kindern zum Eckpfeiler der Entwicklungsstrategie für Afrika gemacht werden. Die Themen Bildung und Gesundheit spielen dabei eine herausragende Rolle. Die Kommission sollte mindestens 20% der Entwicklungsfondsgelder, die sie für Afrika zur Verfügung stellt, für elementare Gesundheits- und Bildungsdienste vorsehen. Von entscheidender Bedeutung ist die Herstellung struktureller Stabilität. Die Mehrzahl afrikanischer Staaten ist wirtschaftlich schwach, leidet unter struktureller Instabilität und kann daher weder Investitionen anlocken noch einen Privatsektor entwickeln. Auch fällt es vielen

Ländern schwer, Entwicklungshilfe in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, öffentliches Management und Verwaltung aufzunehmen. Ein wesentlicher Grund ist die schamlose Selbstbereicherung afrikanischer Eliten an den Ressourcen ihrer Länder. Der Aufbau von Kapazitäten insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wirtschaft und Demokratisierung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor ist deshalb unerlässlich. Notwendig ist auch ein differenziertes Vorgehen, um gezielt leistungsstarken wie auch -schwachen Staaten zu helfen. Auch muß der Mangel an Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und anderen EU-Politiken behoben werden. Dies betrifft unter anderem Fragen wie Exportsubventionen für die europäische Landwirtschaft, gebundene Entwicklungshilfe, Schuldenlast, Exportkredite und kommerzielle Verwendung von Nahrungsmittelhilfe.

Begrüßenswert ist die Verpflichtung zu einem 100%igen Schuldenerlass für die 18 ärmsten und am meisten verschuldeten Länder. Dies soll jedoch nur Regierungen angeboten werden, die Menschenrechte und den Grundsatz der verantwortlichen Staatsführung respektieren und die Beseitigung der Armut vorantreiben.

10. AKP - EU Parlamentarierversammlung in Edinburgh

Vom 19. - 24. November kommen in Edinburgh die Mitglieder der AKP-EU-Parlamentarierversammlung von 104 Staaten zusammen. Diese Versammlung ist einzigartig: In keinem anderen Gremium treffen sich die demokratisch gewählten Volksvertreter von so vielen Ländern, Abgesandte aus 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungs- und Schwellenländern und ihre Kollegen aus dem Europäischen Parlament für die 25 EU-Staaten. In den 104 Ländern leben über 1,2 Mrd. Menschen, ein Fünftel der Weltbevölkerung.

Michael Gahler ist 1. Ko-Vizepräsident dieser Versammlung, die zweimal im Jahr zusammenkommt, um über Fragen der Entwicklungs- und Handelspolitik, Menschenrechte, Demokratie und Wirtschaftsentwicklung zu beraten.

Im ersten Halbjahr 2007, zur Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, könnte die Versammlung in Deutschland tagen. In den letzten Jahren war es nämlich stetes Anliegen der europäischen Seite, ein Treffen pro Jahr im Land der jeweiligen Ratspräsidentschaft auszurichten. Deshalb findet die nächste Versammlung im ersten Halbjahr 2006 in Österreich statt.